

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Postgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 75

Donnerstag, den 30. März 1933

Jahrgang 105

Neue Beschlüsse der Reichsregierung

Gleichschaltung der Länder und Gemeinden — Neubildung des Reichswirtschaftsrats Wohnungsmangelgesetz aufgehoben

21. Berlin, 30. März. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner Mittwochssitzung u. a. mit einem Gesetzentwurf des Reichsministeriums des Innern über die Gleichschaltung der Länder und Gemeinden mit dem Reich. Die Beratungen hierüber werden am Freitag fortgesetzt werden. Ferner genehmigte das Reichskabinett die nachträgliche Feststellung des Reichshaushalts für 1932 auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, sowie den Voranschlag des Reichsfinanzministers für das erste Viertel des Haushaltsjahres 1933. Die persönlichen Ausgaben bleiben hierbei die gleichen wie bisher, die sachlichen Ausgaben haben eine Kürzung erfahren. Genehmigt wurden weiterhin die Garantieermächtigungen für den Außenhandel, die Getreidebewegung und die Seefahrt, sowie die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes, das mit dem 1. April dieses Jahres außer Kraft tritt. Gleichzeitig wurde ein Gesetzentwurf über Räumungsfristen verabschiedet, der zu Gunsten der Mieter Härten beseitigt, die durch die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes entstehen könnten. Noch nicht abgeschlossen wurden die Beratungen über einen Gesetzentwurf betreffend Zulagen und Vergütungen für die nebenamtliche Tätigkeit von Beamten. Der vom Reichswirtschaftsminister vorgelegte Gesetzentwurf betreffend Auflösung und Neubildung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde verabschiedet. Damit wird der bisherige vorläufige Reichswirtschaftsrat mit sofortiger Wirkung aufgelöst. An seine Stelle tritt ein neuer vorläufiger Reichswirtschaftsrat, in den der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung bis zu höchstens 60 Mitglieder berufen wird. Die Mitglieder werden für 4 Jahre einberufen.

Im Reichskabinett ist entschieden worden, daß die persönlichen Ausgaben für das 1. Quartal des Haushaltsjahres 1933 die gleichen bleiben wie bisher. Aus dieser Tatsache ist zu entnehmen, daß Gehaltskürzungen nicht beabsichtigt sind. Was die sachlichen Ausgaben angeht, die eine Kürzung erfahren haben, so kann im nächsten Vierteljahr ohne weiteres ein Fünftel des Haushaltsjahres 1932 ausgegeben werden, aber keinesfalls mehr als ein Viertel des Haushaltsjahres 1933. Die früher dem Reichsfinanzminister erteilten Garantieermächtigungen bleiben in Kraft. Die Garantieermächtigungen verteilen sich wie folgt: Für den Außenhandel 75 Mill. RM., für die Getreidebewegung 89 Mill. RM. und für die Seefahrt 44 Mill. RM.

Zur Neubildung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist zu sagen, daß der Hauptmangel beim alten vorläufigen Reichswirtschaftsrat darin gelegen hat, daß diese Körperschaft, die bereits im Jahre 1920 gebildet wurde, auf Grund von Vorschlägen von Körperschaften zusammengesetzt war, die entweder nicht mehr bestehen oder nur noch ein Scheindasein führen. Der alte Reichswirtschaftsrat war infolgedessen sehr überaltert und erneuerungsbedürftig. Die erstmalig Ende 1934 auscheidenden 25 v. H. der Mitglieder werden durch das Los bestimmt werden. Bei den Neuberufungen wird man naturgemäß auf die Gliederung des Reiches Rücksicht nehmen. Die Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrates werden nicht mehr wie bisher Dauerfreifahrtscheine der Reichsbahn erhalten, sondern ihnen wird lediglich die einzelne Fahrt zur jeweiligen Sitzung vergütet. Die Einrichtung von Sonderauschüssen soll dazu dienen, daß in bestimmten Fällen besonders sachverständige Persönlichkeiten herangezogen werden können. Das Gesetz über die Räumungsfristen gewährt im Falle der Aufhebung eines Mietverhältnisses eine angemessene Räumungsfrist, die unter Umständen verlängert werden kann. Falls eine Einigung zwischen Mietern und Vermietern nicht zustande kommt, kann die Entscheidung eines Gerichts angerufen werden. Außerdem enthält das Gesetz gewisse Schutzbestimmungen für den Vermieter.

Der Gesetzentwurf des Reichsministeriums des Innern zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich schlägt zunächst eine Vereinfachung der Landesgesetzgebung überhaupt vor und bestimmt weiterhin, daß die Vollvertretung der Länder mit Ausnahme des preuß. Landtags aufgelöst und neu gebildet werden, und zwar nach den Stimmenzahlen, die sich bei der Wahl zum Reichstag am 5. März innerhalb eines jeden Landes, bzw. soweit diese Stimmen auf die Wahlvorschläge entfallen, ergeben haben. Es werden für die neu zu bildenden Landtage in den einzelnen Ländern Mandatsschätziffern vorgegeben werden. Ferner sollen Bestimmungen getroffen werden wegen der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper. Auch hier soll der Schlüssel vom 5. März zugrunde gelegt werden, und es sollen auch hier Schätziffern nach der Größe der Gemeinden vorgegeben werden. Die zuständigen Instanzen sollen schleunigst damit befaßt werden, so daß noch im Laufe des Monats April die Gleichschaltung durchgeführt werden kann.

Tages-Spiegel

Das Reichskabinett hat gestern eine Anzahl wichtiger Beschlüsse gefaßt u. d. n. a. eine Neuorganisation des Reichswirtschaftsrates vorgenommen.

Der mit der Schaffung und Leitung des Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotttätige beauftragte Reichstagsabgeordnete Streicher hat die Arbeit aufgenommen.

Reichsminister Göbbels hat der Presse seinen Dank für die Unterstützung der letzten Aktionen der Regierung ausgesprochen.

In Necklinghausen hat die politische Polizei eine große Sprengstoff-Organisation der KPD. aufgedeckt.

In Preußen ist eine Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung von Schmutz und Schund gebildet worden.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund hat eine organisatorische Neuordnung auf berufständischer Grundlage beschlossen. Bundesvorsitzender Aufhäuser ist zurückgetreten.

Die Koalitionsverhandlungen in Danzig sind gescheitert. Die Nationalsozialisten haben der Regierung härteste Opposition angesetzt.

Der russisch-britische Konflikt (Verhaftung englischer Staatsangehöriger in Moskau) hat sich bedenklich zugespitzt. Litwinow hat es abgelehnt, weiter mit dem englischen Botschafter zu verhandeln.

propaganda im Auslande. Er betonte, daß diese Abwehr organisiert werden mußte, weil die Abwehr aus dem Volke heraus von selbst gekommen wäre und sonst unerwünschte Formen angenommen hätte. Durch die Organisation der Abwehr behalte man die ganze Aktion in der Hand, und es würde verhindert werden, daß es zu Belästigungen persönlicher Art und zu Gewalttätigkeiten komme. Das Judentum müsse aber erkennen, daß ein jüdischer Krieg gegen Deutschland das Judentum in Deutschland mit voller Schärfe selbst trifft. Auch heute lägen wieder Telegramme vor aus London, wonach plakatierte Privat- und Lastfahrzeuge zum Boykott deutscher Waren aufgerufen. Diese Wagen fahren in großer Zahl durch die Straßen Londons, so daß das ganze Vorgehen den Eindruck mache, daß es wohl organisiert sei. Auch aus New York lägen heute wieder Meldungen vor, daß die Boykotttätigkeit gegen Deutschland weiter tobe und daß in Massenveranstaltungen und durch Radio gegen die amerikanischen Bürger deutscher Abstammung gehetzt werde.

Die Abwehrmaßnahmen beginnen

In Frankfurt a. M. sind mit sofortiger Wirkung mehrere leitende Persönlichkeiten in Museen, Bibliotheken und in Theatern, die jüdischer Abkunft sind, beurlaubt worden. Eine Verfügung des kommissarischen Bürgermeisters belagt, daß im Hinblick auf die lägenhafte Greuelpropaganda des Weltjudentums alle im Dienste der Stadt Frankfurt stehenden Juden zum nächst zulässigen Termin gekündigt werden.

In München (Westl.) ist die Aktion gegen die jüdischen Geschäfte von der SA. und SS. mit großer Energie aufgenommen worden. Innerhalb weniger Stunden postierten sich vor den Eingängen von nicht weniger als 48 Geschäften SA. und SS.-Kommandos, sofern es die Inhaber nicht vorgezogen hatten, vorsorglich die Geschäfte zu schließen. Auch gegen solche Geschäfte wurde vorgegangen, von denen festgestellt wurde, daß zwar der Geschäftsführer nicht jüdischer Abstammung ist, hinter dem Geschäft aber jüdische Geldgeber oder Aktionäre stehen.

KPD. organisiert Judenhetze in London

Juden und Kommunisten in London Arm in Arm
Der Verdacht, daß die Boykottbewegung in England gegen deutsche Waren in engem Zusammenhang mit dem Kommunismus stehe, hat sich bestätigt. Es konnte festgestellt werden, daß die kommunistische Partei in der Vorwoche ein geheimes Schreiben an die kommunistische Partei Großbritanniens geschickt hat, worin sie zur Organisation der Judenhetze, zur Bekämpfung des Hitlerregimes aufforderte. Die kommunistische Partei Großbritanniens ist der Aufforderung ihrer deutschen Genossen gefolgt und hat sich unter Ausnutzung der allgemeinen Aufregung der Judenhetze zu Propagandazwecken den Teil der in London lebenden Juden ausgesucht, die meist polnischer und russischer Abstammung und für die kommunistischen Versuche empfänglich sind.

Umfangreiche Sprengstoff- und Waffenfunde

Terrororganisation der KPD. im rheinischen Industriegebiet wird unschädlich gemacht

Necklinghausen, 30. März. Der politischen Polizei in Necklinghausen ist es gelungen, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet eine umfangreiche Sprengstofforganisation der KPD. festzustellen, die den Namen „Apparat“ trug. Stützpunkte für die Verbrecher waren in Bottrop, Mülheim, Oberhausen und in verschiedenen anderen Orten des Industriegebietes eingerichtet. Die Mitglieder der Sprengstofforganisation wurden in langen Kurven von führenden Kommunisten unterrichtet und haben hier die genauen Anweisungen für die Sprengung von Brücken, Bauten und Straßen erhalten. Als Führer des „Apparates“ bzw. als Beteiligte bei der Sprengstofforganisation sind bisher in Bottrop 25, in Oberhausen ebenfalls mehrere führende Kommunisten festgenommen worden. Die Festgenommenen sind geständig.

Neben den einzelnen Gruppen des „Apparates“ hat im Unterbezirk der KPD. Oberhausen noch eine Terrorgruppe bestanden, die aus 10 besonders zuverlässigen Angehörigen der KPD. zusammengesetzt war. Die Angehörigen der Sprengstofforganisation hatten u. a. die Aufgabe, zur gegebenen Zeit planmäßig Terroraktionen, insbesondere Sprengungen von wichtigen Gebäuden, Brücken, Straßen usw. vorzunehmen.

Der Landes kriminalpolizei Necklinghausen ist es gelungen, bis jetzt folgende Sprengstoffe bzw. Waffen zu beschlagnahmen: Staufferfettbuchsen, die zum Teil als Handgranaten angefertigt waren, ein Revolverkanonen-Geschob, 59 Stück Handgranaten, 3 Wurfmesser, 14 Rohrstücke für Handgranaten, 15 Gewehre und Karabiner, 4 Seitengewehre, 10 Pistolen, eine Dose Detonit, 48 Päckchen Sprengstoffe, 60 Sprengkapseln, 24 Meter Zündschnur, mehrere Dum-Dum-Geschosse, eine Gewehrgranate, eine Flügelmine, 33 Schuß Pistolenummunition, 350 Schuß Infanteriemunition, 27 Stück englische Gaspatronen, 2 Hüllenmaschinen und zwei Brandbomben. Das gesamte Material war sachmännlich ver-

packt und befand sich in bestem Zustand. Der größte Teil wurde durch die Polizei bereits gesprengt.

Besonders bemerkenswert ist ein Fund im Bahndamm Bottrop-Necklinghausen. Hier wurde mitten im Bahndamm vergraben eine Milchkanne mit 40 Staufferfettbuchsen, die als Handgranaten angefertigt waren, Detonit, Ammonsalpeter, 6 Eierhandgranaten, ein Sack mit 66 mit Sprengstoff gefüllte Staufferfettbuchsen, 2 Rohrstücke für eine Handgranate und eine Zündkassette mit Detonit, eine 10 Ztr.-Granate mit Zünder, drei Handgranaten und eine Eierhandgranate mit Zünder vorgefunden und beschlagnahmt. Ueber die Stelle hatten die Kommunisten in geschickter Weise eine Grasnarbe gezogen. Unübersehbar und fürchterlich wäre die Katastrophe gewesen, wenn durch irgend einen Umstand die Sprengstoffe im Bahndamm zur Detonation gekommen wären.

Cyanalkali-Attentat auf die Düsseldorf SA. geplant

Die Düsseldorf „Volksparole“ veröffentlicht aufsehenerregende Enthüllungen über bolschewistische Mordpläne, nach denen die KPD. die Absicht hatte, durch Beimengen von Cyanalkali in der Gemeinschaftsküche der NSDAP. die gesamte Düsseldorf SA. zu vergiften. Die politische Polizei hat 3,5 Kg. Cyanatrium und 0,125 Kg. Kupfervitriol beschlagnahmt. Im Zusammenhang mit dem geplanten Attentat wurden 15 Personen verhaftet.

Der Kanzler über die Abwehr der Greuelpropaganda

In der gestrigen Ministerbesprechung erklärte Reichskanzler Hitler eingangs, daß die Vorfälle in Braunschweig vollkommen geklärt und im beiderseitigen Einvernehmen beigelegt seien. Dann sprach der Reichskanzler über die Abwehrmaßnahmen gegen die jüdische Greuel-

Die Untersuchung der Braunschweiger Vorfälle

Stahlhelmverbot in Braunschweig ab 1. April wieder aufgehoben

U. Berlin, 29. März. Amtlich wird mitgeteilt: Gestern vormittag fand zwischen Reichsminister Goering und dem Stahlhelmführer Reichsminister Selbte eine Besprechung wegen der Vorgänge in Braunschweig statt. Die eingehende Untersuchung ergab, daß es sich um eine rein lokale Angelegenheit handelt, die im Laufe des Nachmittags von der Reichsregierung in Ordnung gebracht wird. Die Zusammenarbeit von SA, SS und Stahlhelm im gesamten Reichsgebiet wird durch diese lokalen Vorgänge in keiner Weise berührt. Es besteht auf allen Seiten der einstimmige Entschluß, die kameradschaftliche Zusammenarbeit dieser Verbände zu festigen und zu verbreitern.

Das braunschweigische Staatsministerium hat nach längeren Beratungen, an denen auch der aus Berlin eingetroffene Reichsarbeitsminister Selbte teilnahm, folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Die Reichsregierung erkennt die vom braunschweigischen Innenminister Klages gegenüber dem Stahlhelm, Gau Braunschweig-Stadt ergriffenen energischen Maßnahmen als berechtigt an. Nachdem der Reichsarbeitsminister Franz Selbte als erster Bundesführer die Disziplinarelledigung der Angelegenheit zugesagt hat und die Gefahr einer illegalen Aktion marxistischer Organisationen unter falschem Decknamen beseitigt ist, wird Minister Klages das für das Land Braunschweig ausgesprochene Verbot des Stahlhelms mit dem 1. April 1933 aufheben.

Im Anschluß an die Konferenz wurden von den etwa 1850 in dem Ortskrankenkassengebäude Festgenommenen etwa 1200 wieder auf freien Fuß gesetzt. In Haft behalten wurden die Stahlhelmführer und 80 marxistische Funktionäre.

Einschüßung eines kommissarischen Stahlhelm-Landesführers

Bei der Untersuchung der Vorfälle in Braunschweig hat sich, wie die „Kreuzzeitung“ von zutändiger Seite erfährt, herausgestellt, daß die Führerschaft des Gaues Braunschweig bei der Neuaufnahme zahlreicher Mitglieder zwar in gutem Glauben, aber entgegen den Weisungen der Bundesführer fehlerhaft und politisch bedenklich gehandelt hatte. Der erste Bundesführer Selbte hat nach sorgfältiger Prüfung der Vorgänge die Einschüßung eines kommissarischen Landesführers verfügt und wird gleichzeitig einen Führerwechsel im Gau Braunschweig veranlassen.

Eine Erklärung des „Stahlhelm“

Das Stahlhelmbundesamt teilt mit, daß eine geschlossene Aufnahme von neuen Verbänden zum Stahlhelm Braunschweig nicht vorgenommen worden sei. Allerdings seien solche Verbände in geschlossenem Zuge zwecks Aufnahme zum Werbebüro des Stahlhelms gezogen. Etwas gegen die Reichsregierung gerichtete Rufe aus diesem Zuge fallen also nicht dem Stahlhelm zur Last. Die Verhandlungen schweben noch, doch läßt sich schon übersehen, daß eine Verschönerung des braunschweigischen Stahlhelms gegen die Regierung, insbesondere gegen den Reichskanzler unter keinen Umständen in Frage kommt. Der Bund hat Aufnahmen geschlossener Verbände schon vor Wochen verboten und für Einzelaufnahmen äußerste Vorsicht und längere Probezeit angeordnet.

Trotzdem man in Berlin alles tut, um den Fall Braunschweig möglichst rasch zu bereinigen, fährt die nationalsozialistische Presse fort, den „Stahlhelm“ anzuschuldigen.

So schreibt der „Völkische Beobachter“: Wie wir erfahren, ist nach den bisherigen Wahrnehmungen festgestellt worden, daß die Braunschweiger Stahlhelmführer von den Absichten des Reichsbanners und der Kommunisten vollkommen unterrichtet gewesen sind. Diese liefen darauf hinaus, nach Besetzung der Krankenkasse auch das Regierungsgebäude und anschließend das „Volksfreund“-Gebäude zu besetzen und dann auch weiterhin gegen nationalsozialistische Führer vorzugehen. Bei dem Stahlhelm-Landesführer Schrader sei sehr belastendes Material gefunden worden, das soweit sich bisher übersehen läßt, den Verdacht des Hochverrats rechtfertige.

Die pfälzische Gauleitung der NSDAP. schreibt in einem Aufruf, im Hinweis auf die Vorgänge in Braunschweig ergebe an die gesamte SA und SS der Pfalz die Weisung, jeden „Versuch einer Gegenrevolution“ im Keime zu ersticken. Es werde auf keinen Fall gebuldet, daß der Stahlhelm zu einer getarnten Antifa mißbraucht werde.

Eine gewisse Rolle bei den Vorfällen spielt allem Anschein nach die in Braunschweig niemals eingeschlossene Rivalkraft zwischen Stahlhelm und SA, die noch im Oktober anläßlich eines Fackelzuges mitten in der Stadt zu tätlichen Auseinandersetzungen führte, bei denen auch geschossen wurde. Es war bekannt, daß auch seit dem Bestehen der neuen Regierung diese Spannungen zwischen beiden Organisationen, so oft sie auch zusammen austraten, nicht überbrückt waren. Der Minister des Innern Klages hätte möglicherweise das scharfe Vorgehen gegen den Stahlhelm dadurch vermeiden können, daß er zunächst mit der Leitung des Stahlhelms Rücksprache genommen hätte.



Das Gebäude der Ortskrankenkasse in Braunschweig, das der Stahlhelm-Hilfsspolizei als Wachtort diente.

Bei den polizeilichen Aktionen in Braunschweig war es verschiedentlich zu Zusammenstößen gekommen, in deren Verlauf eine Reihe von Verletzten zu verzeichnen ist. Die Krankenwagen waren während der ganzen Nacht unterwegs. Allein in das Landeskrankenhaus wurden über 20 Personen eingeliefert, die durchweg Kopfverletzungen haben. Ein Arbeiter liegt mit einem Bauchschuß lebensgefährlich verletzt darnieder. — An dem Gebäude der Ortskrankenkasse wurde ein großes Transparent mit der Aufschrift „Abol-Hitler-Kaserne“ angebracht.

Vorurteil des formal-liberalistischen Rechts ist, daß der Höhe der Rechtsprechung die Sachlichkeit sein muß. Jetzt sind wir zu einer Duette der Entfremdung zwischen Volk und Justiz vorgegangen, und diese Entfremdung ist letzten Endes immer Schuld der Justiz. Was ist denn Sachlichkeit im Augenblick des Lebenskampfes eines Volkes? Kennt der lämpfende Soldat, kennt das ringende Heer Sachlichkeit? Der Soldat und das Heer kennen nur eines: eine Nichtschmerz, eine Frage: Wie rette ich Freiheit und Ehre? Wie rette ich die Nation? So ist es selbstverständlich, daß die Justiz eines auf Tod und Leben kämpfenden Volkes nicht tote Sachlichkeitsanbetung treiben kann. Die richterlichen, staatsanwaltschaftlichen und rechtsanwaltschaftlichen Maßnahmen müssen sich nur von einer einzigen Nichtschmerz leiten lassen: Was frommt dem Leben der Nation? Was rettet das Volk?

Bei einem Empfang der Landesobleute der nationalsozialistischen Juristen führte der preussische Justizminister Kerkel u. a. aus: Die nächsten Jahre würden und müßten eine Revolutionierung des gesamten Kulturlebens bringen. An dieser Aufgabe mitzuwirken sei Pflicht der deutschen Rechtsleute. Es müsse künftig auf Grund einer erlebten Weltanschauung gearbeitet werden.

Der Einzelhandel unter Führung der NSDAP.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger meldet, ist durch das Zustandekommen der Vereinbarung zwischen der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und dem Nationalsozialistischen Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes erreicht worden, daß weit aus die Mehrzahl aller gewerblichen Unternehmen in Deutschland auch in wirtschaftlicher Hinsicht unter nationalsozialistische Führung kommt. Von den etwa 670 000 Betrieben des Einzelhandels, die in ganz Deutschland vorhanden sind, gehören mehr als 400 000 Betriebe der Hauptgemeinschaft an.

Die Hauptgemeinschaft bildet die maßgebende Spitzenorganisation für eine große Zahl von einzelnen Fachverbänden des deutschen Einzelhandels. Von der Hauptgemeinschaft sind auch mehrere Vertreter in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat delegiert worden. Da nach den Vereinbarungen 51 der maßgebenden Positionen der Hauptgemeinschaft Nationalsozialisten übertragen werden, dürfte für den Reichswirtschaftsrat die Vertretung des Einzelhandels von der NSDAP. bestimmt werden.

Minister Goering an die preussische Polizei

Der preussische Minister des Innern, Goering, hat folgenden Erlaß herausgegeben:

„An alle preussischen Polizeibeamten! Die Minister der sog. preussischen Hoheitsregierung haben 1,4 Millionen RM, die für euch zur Verbesserung eurer Unterbringung und Ausrüstung bestimmt waren, für rein parteipolitische Zwecke der Regierung Braun-Severing verwendet. Die Mehrzahl der Schuldigen hat sich der Verantwortung vor den preussischen Gerichten durch die Flucht entzogen. Ich werde trachten, bis diese gewissenlose Handlungsweise ihre verdiente Sühne gefunden hat. Für die Wiedergutmachung des euch zugefügten Schadens werde ich durch die Beschlagnahme aller Einkünfte und sonstigen greifbaren Vermögensstücke der ehemaligen Regierungsmitglieder Sorge tragen.“

Die Fuldaer Bischofskonferenz revidiert

Der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, gibt für die Erzbischofskonferenz eine Rundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz bekannt, in der es heißt:

„Die Oberhirten der Diözesen Deutschlands haben aus triftigen Gründen, die wiederholt dargelegt sind, in ihrer pflichtgemäßen Sorge für Reinerhaltung des katholischen Glaubens und für den Schutz der unantastbaren Aufgaben und Rechte der katholischen Kirche in den letzten Jahren gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung eine ablehnende Haltung durch Verbote und Warnungen eingenommen, die solange und die soweit in Geltung bleiben sollten, wie diese Gründe fortbestehen.“

Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer jener Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen werden, sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird. Ohne die in unseren früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös sittlicher Irrtümer aufzugeben, glaubt daher das Episkopat das Vertrauen hegen zu können, daß die vorgezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.“

Der „Völkische Beobachter“ stellt zur Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz fest: Mit dem neuen Beschluß hat das Episkopat den nunmehr gegebenen unabänderlichen politischen Verhältnissen Rechnung getragen und die nicht mehr haltbare Plattform aufgegeben, auf der es die Jahre über gekämpft hat. Wir würden uns freuen, wenn aus dem Entschluß jetzt noch offiziell die Folgerung gezogen würde, daß der deutsche Nationalismus keine „Häresie“ darstellt, sondern eine zu schützende Lebensäußerung des deutschen Menschen.

Politische Kurzmeldungen

Die Reichsregierung beabsichtigt, in den nächsten Tagen ein allgemeines Schächtverbot im Reich zu erlassen. — Für den Bezirk Trier sind 20 000 Zentner Roggen unentgeltlich von der Reichsregierung zur Verteilung an Bauern in den Gebirgsabgegendungen zur Verfügung gestellt worden. — Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat Dr. Gereke von dem Amt als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung entbunden. — Der Reichsarbeitsminister hat in Fortführung seiner Maßnahmen auf dem Gebiet der Reform des Krankenkassenwesens einen Reichskommissar für die allgemeinen Ortskrankenkassen Gotha, Gera, Sonneberg, Gehren (Thüringen) und Wandsbek ernannt. — Durch Erlaß des preuß. Innenministers wurden Staatskommissare für die Städte Bochum und Dortmund bestellt. — Das Verbot der sozialdemokratischen Presse in Preußen ist auf unbestimmte Zeit verlängert worden. — Der Reichskommissar von Sachsen hat angeordnet, daß der 1. Mai 1933 nicht mehr als allgemeiner Feiertag begangen wird. Sachsen war das letzte Land, wo der 1. Mai noch Feiertag war. — Die nationalsozialistische und die deutschnationale Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben beantragt, dem Reichspräsidenten von Hindenburg und dem Reichskanzler das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu verweigern. — Entgegen anderslautenden Gerüchten erfährt das Nachrichtenbüro des VöZ., daß der ehemalige Kaiser nicht beabsichtigt, nach Deutschland zurückzukehren. — Der frühere Kronprinz hat an den amerikanischen Schriftsteller Bired einen Brief gerichtet, in dem er sich mit Nachdruck gegen die im Auslande getriebene Gruepppropaganda wendet. — Völkischer Radolny hat in Begleitung des Staatssekretärs von Rheinbaben und des Generalsekretärs der Abrüstungsabordnung, Geheimrat Frowein, Genf verlassen. Die zahlreichen Ausschüsse der Abrüstungskonferenz haben sich ebenso wie der Hauptausschuß bis Ende April vertagt. — Wie aus Moskau gemeldet wird, ist von der Kontrollkommission der Komintern ein besonderer Ausschuß unter dem Vorsitz Bela Künz eingesetzt worden, der die Arbeit Thälmanns als Führer der KPD. nachprüfen soll. Neben der Untersuchung der politischen Tätigkeit Thälmanns soll auch die finanzielle Lage der KPD. geprüft werden. — Der japanische Außenminister, der Marineminister und der Kriegsmarineminister haben beschlossen, dem japanischen Kaiser eine Verordnung über eine formelle Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien durch die japanische Regierung vorzuschlagen. — In Berlin politischen Kreisen erklärt man zu dem Austritt Japans aus dem Völkerbund, daß die Erklärung der japanischen Regierung nicht als ein sofortiger Austritt aus dem Völkerbund zu bewerten sei, sondern als eine Kündigung. Jedes Mitglied kann nach der Völkerbundsatzung erst nach zweijähriger Kündigung aus dem Bund austreten.

Beschlüsse der Reichsbahn

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn nahm auf einer Tagung davon Kenntnis, daß die Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm von 280 Millionen Reichsmark vergeben und in der Ausführung begriffen sind. Die Einstellung von 70 000 Arbeitern in den Bahnunterhaltungsdienst und die Verwendung von weiteren 20 000 Arbeitern bei Oberbauunternehmern wurde vom Verwaltungsrat bekräftigt, da die Reichsbahn dadurch zur Entlastung des Arbeitsmarktes beiträgt.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich eingehend mit dem Verhältnis der Reichsbahn zum Kraftwagen. Nachdem die Reichsbahn die Anfuhr und Abfuhr von Gütern mit in ihren Aufgabenkreis und den der angeschlossenen Speditoren gestellt hat, müsse sie dazu übergehen, „den Kraftwagen mehr als bisher in ihren gemeinwirtschaftlichen Betrieb einzugliedern“. Der Verwaltungsrat ermächtigte den Generaldirektor, die dazu notwendigen Schritte zu ergreifen, insbesondere durch Beschaffung von Lokomotiven den Haus-Haus-Verkehr zum Nutzen der Verfrachter auszugestalten. Im Ferngüterverkehr soll im Benehmen mit den beteiligten Ressorts der Reichsregierung eine baldige Regelung gesucht werden, die im Interesse des Reichs, der Reichsbahn, wie der Wirtschaft im allgemeinen und des Kraftverkehrs im besonderen dringend erforderlich ist.

Der Elektrifizierung der Strecke Halle-Köthen-Magdeburg stimmte der Verwaltungsrat zu. Es wird dadurch das elektrifizierte Netz zwischen Leipzig-Dessau-Magdeburg und Halle geschlossen.

Sommerurlaubskarten der Reichsbahn
mit 20prozentiger Ermäßigung werden in diesem Jahre in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober ausgegeben. Um auch Urlaubsreisen von kürzerer Dauer diese Ermäßigung zuzugewinnen zu lassen, kann von Sommerurlaubskarten schon Gebrauch gemacht werden, wenn der Urlaub eine Mindestdauer von sieben Tagen hat. Für die Sommerurlaubskarten, die eine Geltungsdauer von zwei Monaten haben, ist die Mindestentfernungsgrenze auf 200 Km. festgelegt.

Rechtspflege und Nation

Der neu ernannte Reichsbeauftragte für das preussische Innenministerium, Kerkel, gewährte dem Hauptgeschäftsführer des „Zeitungsdiens“, Graf Reichsch, eine Unterredung und erklärte hierbei über die Aufgaben der Justiz u. a.: Das

Bestellen Sie für den Monat April das Calwer Tagblatt!

Vor Regierungsmaßnahmen zur Verkürzung des Absatzweges

Staatssekretär von Rohr erklärte vor Vertretern der Presse, das Ziel aller Regierungsmaßnahmen bleibe der berechnete Wunsch einer Verlagerung von der Auslandsware auf die deutsche Ware und ein gerechtes Ansteigen der deutschen Preise in billigerem Ausmaß. Sollten sich die Maßnahmen als zu kraftvoll erweisen, so sei ein Abbau möglich. Eine Verkürzung der Handelspanne bei Butter und Milch sei ein alter Wunsch. Sobald die erste große Arbeit des Schutzes an den Grenzen überwunden sei, werde die Frage der Verkürzung des Absatzweges in den Vordergrund treten.

Aus aller Welt

Zwei Todesopfer bei einem Brandunglück

In der Ortschaft March in Niederbayern wurde nachts das Anwesen des Landwirts Nigler vollständig eingeebnet. Die beiden Dienstknechte Steinbauer und Dietl konnten nicht mehr rechtzeitig geweckt werden und wurden durch den Rauch betäubt. Am Morgen wurden ihre halbverkohlenen Leichen unter den Trümmern geborgen.

Ein rauchloser Anschlag

Der leicht ein verhängnisvolles Eisenbahnunglück hätte herbeiführen können, wurde am Montag auf den kurz vor Mitternacht eintreffenden Personenzug Bamberg-Würzburg in der Nähe von Schonungen verübt. Eine Unterstandshütte war bei der nachts unbewachten Haltestelle Mainberg auf das Gleis geschafft worden, so daß die Lokomotive in voller Fahrt auf das Hindernis aufzufuhr. Glücklicherweise wurde die Hütte zertrümmert und beiseite geschleudert. Die Gendarmerie jagdet nach den Tätern.

Familientragedie im Harz

In Rothesbütte bei Benedenstein im Harz hat sich eine entsetzliche Familientragedie ereignet. Der Oberförster Heinrich Schmidt erschoss seinen achtjährigen Sohn und jagte sich dann selbst eine Kugel in den Kopf. Seine Ehefrau vergiftete sich, als sie die Bluttat ihres Mannes wahrnahm, mit Gas.

Ehefrau entkuppelt ihren Mann

Aus Werden (Sachsen) wird berichtet: Bei dem Gendarmerteam in Vangenbernsdorf erschien die Frau Elsa des Schlosses Bärenwald und gab an, daß sie ihren Mann erschlagen habe. Sie bat, in Haft genommen zu werden. Der Beamte fand die Angaben bestätigt. Beim Betreten der Wohnung bot sich ihm ein grauenhaftes Bild. In einer großen Blutlache lag der Körper des 45 Jahre alten Ehemannes. Einen Meter davon entfernt lag der Kopf, der durch Beißhiebe vom Rumpfe getrennt war. Der Grund zu der grauenhaften Tat dürfte in einer schon seit Jahren bestehenden Zerrüttung der Ehe zu suchen sein.

Erfolgreiche Razzia in Berlin

In Berlin fand im Stadtbezirk Friedrichshain eine größere Razzia statt. Bei der Durchsuchung von Wohnungen wurden folgende Waffen gefunden und beschlagnahmt: zehn Gewehre verschiedener Art, etwa 50 Pistolen, 62 Seitengewehre und Säbel verschiedener Art, zahlreiche Totschläger und Schlagringe. Weiter wurden eine Handdrucker, sowie große Stapel verbotener Druck- und Verlegungschriften beschlagnahmt. Außerdem erfolgten neun Festnahmen.

Verhaftungen wegen des Löbener Sprengstoffanschlags

In Löben sind im Zusammenhang mit der Untersuchung über den Sprengstoffanschlag auf die Löbener Vereinsbank weitere Hausdurchsuchungen bei Kommunisten vorgenommen worden. Bei dem Kommunisten Tanki wurden erhebliche Mengen von Sprengstoff, und zwar 8 Kilogramm Dynamit gefunden. Insgesamt nahm die Polizei 9 Verhaftungen von Linksradikalen vor, die an diesem Anschlag beteiligt sein sollen. Bei den Hausdurchsuchungen wurden erhebliche Bestände aus Heeresmaterial gefunden.

Raubüberfall auf eine Sparkassenzweigstelle

In Bremen erschienen, wie die Polizei mitteilt, zwei maskierte junge Leute mit vorgehaltenem Revolver im Kassenraum der Nebenstelle der Sparkasse Bremen an der Voltmerstraße und zwangen den Kassierer zur Herausgabe von etwa 15 000 M. Das anwesende Publikum wurde von den Räubern in einen Nebenraum gedrängt. Darauf flüchteten die Täter mit ihrem Raub in einem Kraftwagen.

Schmuggelzwischenfälle an der ostoberschlesischen Grenze

Aus Katowitz wird gemeldet: Das nahende Osterfest hat zu einem riesigen Aufschwung des Schmuggelbetriebes an der deutsch-polnischen Grenze geführt. Bei Neu-Nepten überschritt eine Schmugglerbande von 50 Personen die Grenze. Die Grenzbeamten machten von der Schußwaffe Gebrauch, wobei ein Schmuggler getötet und einer schwer verletzt wurde. Zwischen Tarnowitz und Borschnitz überschritten etwa 30 Schmuggler die Grenze. Eine Streife der Grenzpolizei war diesem Massengrenzübertritt gegenüber machtlos.

Attentat auf Mussolini verhindert

Erst jetzt wird kurz bekanntgegeben, daß am 18. März abends in der Nähe des Palazzo Venezia ein 37jähriger Norditaliener verhaftet wurde, in dessen Besitz man einen aeladenen Revolver fand. Der Verhaftete erklärte, daß er ein Attentat auf den Chef der italienischen Regierung beabsichtigt habe. Aus den genaueren Erhebungen habe sich ergeben, daß es sich um einen Geistesgestörten handle.

Die Handelskammer Reutlingen gegen die Greuelnachrichten

Die Handelskammer Reutlingen hat ein Schreiben an die Deutsche Handelskammer in der Schweiz (Zürich) gerichtet, worin es heißt: Von verschiedenen Seiten, namentlich aus der Textil-Industrie, werden wir darauf hingewiesen, daß offenbar unter sozialistischer Führung durch Flugblätter und in der Presse Anschauungen über die gegenwärtigen Zustände in Deutschland verbreitet werden, die eine ungeheuerliche Entstellung der Wirklichkeit darstellen und die geeignet sind, einen völlig falschen Eindruck von der in Deutschland sich gegenwärtig durchziehenden nationalen Erhebung und Einigung des Volkes zu erwecken. Es wird uns im übrigen aus Kreisen der Textil-Industrie namentlich mitgeteilt, daß dieser Verleumdungsfeldzug auch in die geschäftlichen Kreise der Schweiz Beunruhigung hineingetragen und eine sehr fühlbare Zurückhaltung im Einkauf gegenüber Deutschland bewirkt hat. In Wahrung der uns anvertrauten Interessen von Industrie und Handel des Bezirks halten wir es deshalb für unsere Pflicht, Sie darauf hinzuweisen, daß zwar Kommunisten und sonstige offensichtlich schädliche Elemente und der Verkehr im Innern wie auch mit dem Auslande sich völlig unbehelligt und in absoluter Ordnung vollzieht. Die Handelskammer bittet, für die Verbreitung der Wahrheit und die Zerstreung derartiger Verleumdungen sich mit Nachdruck einzusetzen zu wollen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 30. März 1933.

Schreibt Auslandsbriefe!

Die Greuelpropaganda im Ausland will immer noch nicht abreißen. Wie in der Kriegszeit werden wieder die unsinnigsten Beschuldigungen gegen Deutschland verbreitet. Die Reichsregierung hat schon mit kräftiger Hand eingegriffen und für Aufklärung im Ausland gesorgt. Aber auch der Einzelne im Volk muß sich an dieser Widerlegung freier Bügen über die Zustände in Deutschland beteiligen. Wohl jede Familie hat draußen im Auslande irgend jemand, mit dem sie noch in brieflicher Verbindung steht. Diese Wege müssen heute von jedem Deutschen benutzt werden, um die Wahrheit weiter zu tragen. Man schreibe an Freunde und Bekannte in anderen Ländern und gebe ihnen ein Bild von dem Deutschland, wie es wirklich ist, von der nationalen Erhebung, wie sie sich wirklich vollzogen hat in Wahrheit und Reinheit, in Manneszucht und treuer Hingabe an Deutschland. Wenn solche Schreiben hinausgehen in die Ferne, getragen von dem ehrlichen Willen, fremde Neugiergeister zu zerreißen, so werden sie draußen ihre Wirkung nicht verfehlen.

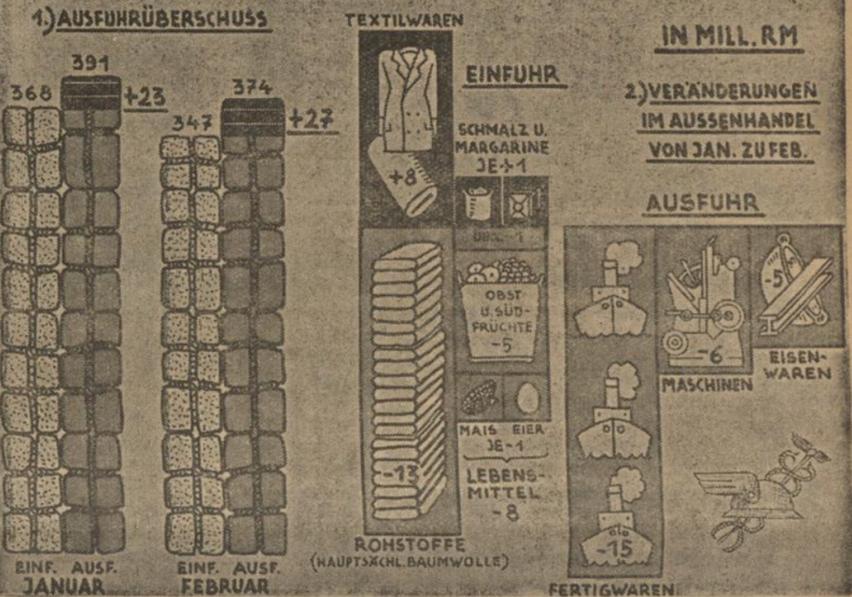
Schließung eines Waldheims

Vergangenen Samstag ist, wie uns mitgeteilt wird, das Haus der Naturfreunde in Kohlerstal-Steinental, der Ortsgruppe Forzheim dieses sozialistischen Wanderverbandes gehörig, durch Hiltterjugend besetzt und geschlossen worden. Die Schlüssel des Hauses wurden in Verwahrung genommen.

Der deutsche Aussenhandel im Januar und im Februar 1933

Veränderungen im deutschen Außenhandel

Eine Gegenüberstellung der Ziffern des deutschen Außenhandels im Januar mit den Ziffern des Februar ist in mancher Hinsicht bemerkenswert. Obwohl Ein- und Ausfuhr wertmäßig zurückgegangen sind hat sich der Ausfuhrüberschuss doch um 4 Millionen erhöht. Bei der Einfuhr fällt auf, daß Lebensmittel, in erster Linie Obst und Südfrüchte, zurückgegangen sind, u. zw. um den Betrag von insgesamt 8 Millionen Mark. Zurückgegangen ist auch die Einfuhr von Rohstoffen, in erster Linie Baumwolle. Den Rückgang bei der Ausfuhr machen in erster Linie die Fertigwaren aus.



Mammute auf der Doggerbank

Der ewige Kampf zwischen Festland und Meer. — Nordwestdeutschland sinkt jährlich um einen Millimeter.

Von Otto Schumann.

Die vor einiger Zeit vollendete Eindeichung eines Teils der Zuyder See, durch die Tausende von Hektaren bislang vom Meere bedeckten Bodens dem Festlande zurückgewonnen wurden, hat beträchtliches Aufsehen erregt. Einmal wegen der darin stehenden technischen Leistung, beinahe mehr noch aber durch den heftigen Streit, der sich bald nach Fertigstellung der Arbeiten erhob und der sich um die Frage drehte, ob die Eindeichung überhaupt zweckmäßig und nicht im Gegenteil vielleicht sogar schädlich gewesen ist. Auf dieses Problem sei hier nicht näher eingegangen; auf alle Fälle läßt sich sagen, daß in dem ewigen Kampf, der zwischen Festland und Meer herrscht, das letztere mit menschlicher Hilfe einen nicht zu übersehenden Erfolg davon getragen hat.

Seit den ältesten Zeiten hat die See Land verschlungen und ist folglich dann wieder aus dem nassen Element aufgetaucht. Es gab eine Zeit, wo man im ganzen Gebiet der Nordsee trockenen Fußes gehen konnte, und wieder eine andere, in der in der Gegend Nachens sich Fische und andere Seebewohner tummelten. Der Wechsel von dem einen in den anderen Zustand vollzieht sich in der Regel außerordentlich langsam, zuweilen aber auch mit erschreckender Schnelligkeit. Auf Katastrophen der letztgenannten Art ist z. B. das Entstehen der Zuyder See, des Jadebusens und wohl auch des gesamten deutschen Wattenmeeres zurückzuführen, sicherlich ferner das der Westflandern, Pommerschen und Danziger Bucht.

Die Erinnerung an derartige gewaltige Naturereignisse hat sich vielfach noch in der Sage erhalten, wie beispielsweise in der Ueberlieferung von dem in der See versunkenen Vineta, dessen Glocken bei stillem Wetter aus den Wellen heraus noch hörbar sein sollen. Aber auch stichhaltige Beweise fehlen nicht. So liegt unweit der holländischen Stadt Katwijk, halbwegs zwischen Haarlem und dem Haag, im Meere die von den Römern erbaute Brittenburg, deren Ueberreste noch im 17. Jahrhundert bei besonders niedrigem Wasserstand sichtbar waren, heute aber völlig verschwunden sind. Bei Sylt wurden im Meere alte Hünengräber festgestellt, die zweifellos auf festem Lande angelegt worden sind. Und an zahlreichen Stellen der Nordsee ist man auf hügelartige Erhebungen mit Resten alter Wallanlagen gestoßen, ähnlich wie wir sie als Burten heute noch auf zahlreichen Halligen finden. Sie dürften fast alle in und vor der Römerzeit, teilweise auch erst in der Epoche Karls des Großen entstanden sein.

Diese Reste entstammen einer Zeit, als die west- und ostfriesischen wie die der schleswig-holsteinischen Küste vorgelegerten nordfriesischen Inseln mit dem Festlande noch in Zusammenhang standen. Im früheren Mittelalter begann dann das Meer, unterfützt durch schwere Südwest-Stürme, allmählich gewissermaßen einen großangelegten Raubzug, der in den oben erwähnten Katastrophen seinen Höhepunkt erreichte.

Wie ist nun dieses allmähliche, oft auch sprungartige Steigen der See zu erklären? Wir müssen dazu in eine weit entlegene Zeit zurückgehen, und zwar bis zu jenem Abschnitt unserer Erdgeschichte, den man als die Eiszeit bezeichnet. Rich-

tiger: die Eiszeiten, denn es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß zum mindesten drei solcher Kaltperioden den Norden und Nordwesten unseres Erdteils heimgesucht haben. Zur Zeit der letzten erstreckte sich die den Pol bedeckende Eiskappe weit nach Süden, bis etwa in die Gegend der deutschen Mittelgebirge. Auch dort, wohin die Eisdecke nicht reichte, herrschte ein außerordentlich kaltes, arktisches Klima. Die gesamte Nordsee war damals eine gefrorene Masse.

Unter solchen Umständen mußte die Menge fließenden Wassers auf unserer nördlichen Halbkugel, sowohl in den Meeren als auch in den Binnengewässern, erheblich geringer sein als heute. Man hat berechnet, daß vor etwa 20 Jahrtausenden der Wasserpiegel der Weltmeere um ebenso viel Meter tiefer lag als in der Jetztzeit. Dann aber trat ein Umschwung ein. Es wurde wärmer, die Gletscher des Nordens schrumpften ein, zogen sich immer weiter zurück. Die Nordsee stellte eine weite, lumpige Fläche dar, an die sich England angeschlossen und die vom Rhein und seinen Nebenflüssen, zu denen auch die heutige Themse gehörte, durchströmt wurde.

Notwendigerweise mußte mit dem ständigen Zurückweichen der Gletscher, deren Eis sich dabei durch den Schmelzprozeß in Wasser verwandelte, die Menge dieses flüssigen Elements allmählich zunehmen. Das Gebiet der Nordsee wurde so allmählich zu einem flachen Binnenmeer, die es bewohnenden Tiere zogen sich auf die höheren, zunächst noch aus dem Wasser ragenden Gebiete zurück oder wanderten ganz aus. Die auf die inselartigen Höhen geflüchteten wurden bei weiterem Steigen des Wassers von diesem verschlungen. Eine solche Erhöhung bildete unter anderen die bekannte Doggerbank, die zu einem riesigen Friedhof der vorgeschichtlichen Tierwelt geworden ist. Hat man hier doch im Laufe von nur 13 Jahren nicht weniger als 2000 Zähne des Mammuts aufgefunden. Ferner Geweihe des Riesenhirsches, Knochen des Höhlenbären, des Wisents, des Neuntiers usw.

Aber immer noch setzte sich der Schmelzvorgang der nordischen Eiskappe fort, fortbauend wurde Wasser frei und strömte der Nordsee zu. Schließlich kam es so weit, daß Großbritannien nur noch durch ein schmales Band von Kreidefelsen mit dem eigentlichen Erdteil verbunden blieb. Doch auch dieses wurde von dem steigenden Wasser durchdrungen, die Meerenge von Calais entstand, und nunmehr fanden die gewaltigen Strömungen des Atlantischen Ozeans kaum noch geschnittenen Zugang zur Nordsee. Jetzt war die Möglichkeit zu den gewaltigen Sturmfluten und ähnlichen Katastrophen gegeben, die wir oben erwähnten. Zu den gewaltigsten gehörte wohl die gleich nach dem Durchbruch der letzten Landverbindung zwischen England und dem Festlande einsetzende, die als die Kimbrische Flut bei unseren germanischen Vorfahren bekannt war, die Kimbern und Teutonen aus ihren Wohnsitzen vertrieb und sie nach Süden drängte.

Der Kampf zwischen Wasser und Land an unseren Küsten, vor allem an der Nordsee, ist keineswegs abgeschlossen. Noch heute suchen sich die Bewohner der Küste durch Deiche gegen das gierige Element zu schützen. Immer höher müssen diese Schutzwälle werden, denn noch immer steigt das Meer. Wenn auch nur um etwa ein Millimeter im Jahr, im Laufe der Jahrhunderte und Jahrtausende macht sich sein Vordringen doch bemerkbar.

Der Bezirksverband der Geflügelhalter des Nagoldtales hielt seine erste Bezirksversammlung im Gasthaus „zur Burg“ in Bad Liebenzell ab. Anwesend waren die Vertreter der Geflügelzuchtvereine Calw, Nagold, Wildberg und Bad Liebenzell. Nach Verlesen des Gründungsberichts und der neuen Satzungen durch den Vorstand wurde beschlossen, da eine für Februar geplante Ausstellung nicht stattfinden konnte, die erste Bezirksgeflügelausstellung am 10. Dezember ds. Jrs. in Calw abzuhalten. Zum Preisrichter wurde der Geschäftsführer des Landesverbandes der Geflügelzüchter, Kramer in Stuttgart, bestimmt. Nachdem Herr Jung-Calw in ausführlicher Weise über die neue Zuchtbeschäftigung berichtet hatte, wurde die Versammlung, die einen harmonischen Verlauf nahm, mit der Bitte an die Geflügelhalter geschlossen, um die Förderung der Geflügelzucht tatkräftig besorgt zu sein. Auch damit wird eine nationale Aufgabe erfüllt.

Schönbach, 29. März. Der Gemeinderat hat auf Vorschlag des Ortsvorstehers einstimmig beschlossen, die bisherige Hauptstraße, mitten im Herzen des Kurortes, in deren Zug zwei große Sanatorien, das Schulgebäude und das Ev. Pfarramt liegen, Adolf-Hitler-Straße zu benennen. Anlässlich des baldigen Geburtstages Adolf Hitlers wird die Anbringung der neuen Straßen-Schilder in feierlichem Akt öffentlich erfolgen.

Calmbach O.A. Neuenbürg, 29. März. Ein rücksichtsloser Radfahrer fuhr auf der linken Straßenseite den entgegenkommenden Schreinermeister Erhard sen. so an, daß es den Mann 2 Meter weit an die Wand eines Hauses warf, wo er mit blutender Kopfwunde liegen blieb.

Neuenbürg, 29. März. Als Abschluß der Polizeiaktion wurden im Laufe des gestrigen Spätnachmittags noch verschiedene Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei einige Propagandaschriften beschlagnahmt wurden. Die am Montag in Schutzhaft genommenen Personen wurden in den Abendstunden des Dienstag ausnahmslos auf freien Fuß gesetzt. — Bei der vor dem hiesigen Grundbuchamt vorgenommenen Zwangsversteigerung des Anwesens Richard Hagmayer zum „Schwanen“ blieb Frau Bäckermeister Rothfuß aus Pforzheim mit dem Angebot von 38 170 RM Höchstbietende.

Calw, Pforzheim, 29. März. Die ersten von der Polizeidirektion Pforzheim ausgewiesenen Ostjuden haben das Land Baden verlassen; der Vollzug der übrigen Ausweisungen ist noch im Gange. Zur Abwicklung der geschäftlichen Beziehungen und zur Vorbereitung der Abreise von verheirateten Ausgewiesenen und ihrer Familien wurden von der Polizeidirektion kurze Fristen bewilligt. Bis Ostern müssen aber die Ausgewiesenen Baden unter allen Umständen verlassen haben. — In Dillweissenstein stieß ein Personenkraftwagen aus Stuttgart mit einem Kraftdreirad aus Pforzheim zusammen. Der Führer des Kraftrades, der 56 Jahre alte Maschinist Christian Jeller, wurde dabei so schwer verletzt, daß er kurze Zeit später starb.

Freudenstadt, 29. März. Der bisherige amerikanische Botschafter in Berlin weilte dieser Tage in Freudenstadt. Er machte hier im Hotel Rappen auf einer Autofahrt durch Deutschland seinen letzten Halt. Vor Verlassen des deutschen Bodens sandte Botschafter Sackett von hier aus an den Reichspräsidenten einen Abschiedsgruß.

Stuttgart, 29. März. Im Gebäude der früheren Landeshebammschule am Herdweg, das zur Zeit umgebaut wird, ereignete sich ein schweres Baumglück. In dem am rechten Flügel gelegenen zweiten Stockwerk waren vier Maurer damit beschäftigt, das Mauerwerk abzutragen. Beim Ueberholen eines großen Quadrasteines auf das außerhalb angebrachte Dangelgerüst brach einer der Quadratbalken, auf denen das Dangelgerüst ruhte. In einer Höhe von etwa acht bis neun Meter ist dadurch das Traggerüst durchbrochen. Dabei wurden die im Augenblick des Einsturzes an dieser Stelle stehenden vier Maurer mit in die Tiefe gerissen. Drei von ihnen wurden schwer verletzt.

Stuttgart, 29. März. Nach dem Ergebnis einer Besprechung des Staatskommissars für die Krankenkassen Württembergs mit Vertretern der Allgemeinen Ortskrankenkasse Stuttgart wird der Beitragssatz dieser Klasse alls bald, spätestens aber auf 1. Mai 1933, herabgesetzt werden. Es ist auch beabsichtigt, das Hausgeld bei Krankenhauspflanze zu erhöhen.

Heilbronn, 29. März. Der Unterkommissar für die Polizei des Unterlandes, Landtagsabgeordneter Dr. Sommer, gibt bekannt: In den letzten Tagen ist es mehrfach vor-

gekommen, daß Rechtsanwälte, Geschäftsleute und andere Privatpersonen aufgefordert wurden, Beträge, die früher in irgendwelchen zivilrechtlichen Angelegenheiten an sie bezahlt werden mußten, oder solche, bezüglich deren ein Schuldverhältnis behauptet wurde, unverzüglich zurückzuerstatten, widrigenfalls der Aufgeforderter von der SA. in Schutzhaft genommen werde oder körperliche Züchtigung durch sie zu gewärtigen habe. Solchen gemeinen Erpressungen, die nur geeignet sind, die nationale Erhebung zu bestechen, werde ich mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse
Stuttgart, 29. März. An der Börse setzte sich am Aktien- wie am Rentenmarkt die Abwärtsbewegung fort.

Berliner Produktenbörse vom 29. März
Weizen märk. 195—197; Roggen märk. 155—157; Braugerste 172—180; Futter- und Industrieernte 163—171; Hafer märk. 123—126; Weizenmehl 23—26,90; Roggenmehl 13,50 bis 22,00; Weizenkleie 8,40—8,90; Roggenkleie 8,75—9; Viktoriaerbsen 20,50—23,50; kl. Speiseerbsen 19—21; Futtererbsen 19 bis 15; Pelusken 13—14; Ackerbohnen 12,50—14,50; Wicken 14—15; Lupinen blaue 9,25—10,50; dto. gelbe 12,50—13,75; Seradella neue 17—21,25; Weizen 10,60; Erbsen 10,50; Erbsenmehl 10,20; Trockenschnitzel 8,60; Extrahieres Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 9,10; dto. ab Stettin 10,10; Kartoffelflocken 14,40—14,80. — Allgemeine Tendenz: schwächer.

Weiberstädter Marktbericht
Zufuhr: 112 Stück Milchschweine; Preis: 25—48 RM. für das Paar. Handel gedrückt.

Schweinepreise
Badnang: Milchschweine 14—19 M. — Böhlerfarm: Milchschweine 15—22,50 M. — Herrenberg: Milchschweine 17,50—25, Käufer 25—37,50 M. — Laupheim: Mutterschweine 116—135, Milchschweine 16—22, Käufer 34—35 M. — Murrhardt: Käufer 25—29, Milchschweine 14—21 M. — Tettnang: Ferkel 14—20 M.

Amtl. Bekanntmachungen

Zwangseinteilung für den Bau der Kleinenzialstraße.

Die Entscheidung der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung vom 23. März 1933 ist samt Plan während 8 Tagen zu jedermanns Einsicht auf den Rathhäusern in Aigenbach und Neuweiler aufgelegt.
Calw, den 27. März 1933.
Oberamt: Ripmann.

Marktberechtigung

Der Gemeinde Gärtingen ist durch Erlaß des Württ. Landesgewerbeamts in Stuttgart vom 16. März 1933 für die Zeit vom 1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1938 die Erlaubnis erteilt worden, am 1. Donnerstag im Februar und anstelle des seither am 3. Dienstag im November abgehaltenen Viehmarkts künftig am 2. Montag im November je einen **Viehmarkt** (zum Handel mit Rindvieh und Schweinen) abzuhalten.
Herrenberg, den 28. März 1933.
Oberamt: Dr. Vattenberg, Landrat.

Witzbach, den 29. März 1933.

Todes-Anzeige

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater, Großvater, Urgroßvater und Bruder

Johann Georg Brommer

nach langem schwerem Leiden im Alter von 86 Jahren gestern morgen um 10 Uhr in die ewige Heimat abgerufen wurde.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Freitag mittag 2 Uhr.

Calw, den 29. März 1933.

Dankagung

Für alle Liebe und Teilnahme, die wir bei dem Heimgang unseres lieben Entschlafenen erfahren durften, besonders auch Herrn Stadtpfarrherrn für seine tröstlichen Worte am Grabe, dem Veteranenverein und der Sanitätskolonne für ihre ehrenvollen Nachrufe, den Herren Ehrenträgern, sowie allen, welche ihm das letzte Geleit gegeben haben, sagen wir aufrichtigen Dank.

Die Gattin: Luise Müller, die Tochter: Marie Müller.

Landhaus

7 Zimmer, Bad u. reichliche Nebenräume, sofort zu vermieten.
Angebote unter S. C. 74 an die Gesch.-St. ds. Bl. erb.

Dehmd

Einen Wagen gutes hat zu verkaufen.
Fr. Morof, Lederstr. 48



Bund Königin Luise

Ortsgruppe Calw
Der Stahlhelm B. d. F.
Ortsgruppe Calw

Am Geburtstage Bismarcks, am Samstag, den 1. April, abends punkt 8 Uhr, veranstalten wir im großen Saale des Badischen Hofes eine

Bismarckfeier

Redner des Abends:
Stud.-Rat Sautter, Stuttgart
Militärmusik

u. a.: Großer Zapfenstreich, dazu Spielmannszug der IV. Komp., ferner lebende Bilder und andere Darbietungen umrahmen die Feier.

Zu dieser vaterländischen Feier laden wir die Gesamtbevölkerung von Calw und Umgebung ein, recht zahlreich zu erscheinen.

Bund Königin Luise
Der Stahlhelm B. d. F.
Unkostenbeitrag 30 J., Erwerbslose 15 J.
Saalöffnung 7 Uhr.

Wenn Sie eine diatonische oder chromatische

Zugharmonika

kaufen wollen, oder wenn Sie das vollkommene Spielen derselben richtig nach Noten lernen wollen, dann wenden Sie sich an den erfahrenen Fachmann

Musikhaus Weiss / Calw / Badstraße 8
Unterricht bei niederster Berechnung jederzeit und auch auswärts.

Mit 8.—RM. Kapital können Sie sich in jedem Ort eine

gute Griftenz

aufbauen. Mutter und Anweisung gegen Einbindung von 30 Pfg. in Briefmarken.
R. Reppler, Pforzheim
Schleichbach 219

3-Zimmer-Wohnung

mit Zubehör in Neubau, Nähe Bahnhof, zu vermieten. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Motorrad!

N.S.U. 500 ccm
komplett mit moderner Ausrüstung als wirkl. Gelegenheitsbillig
zu verkaufen.
Gehingen, Mühlweg 435

Zwangsversteigerung

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert
Freitag, den 31. 3., 10 Uhr in Bad Liebenzell:
4 Paar Schnallenstiefel Nr. 36—41, 30 Paar Sandalen Nr. 24—46, 19 P. Damen- und Herrenschuhe Nr. 36—41, 34 Paar Winterschuhe Nr. 19—24, 1 bereits neue Schuhschneider-Nähmaschine Marke Adler.
Zusammenkunft b. Rathaus. Ser.-Vollz.-Stelle.

Vom Welzbergweg über den Brühl zur Lederstraße ging eine

Schnurrolle

(Haspel) zu einer Angelrute verloren.
Abzugeben auf der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Fensterleder Autoleder

in allen Größen kaufen Sie vorteilhaft bei
Albert Wochel
Lederhandlung

Nur noch 1
Bauplatz in der bevorzugten Lage an der Eduard-Lanz-Straße habe ich noch abzugeben! Der Platz unterliegt keinem Anliegerbeitrag und ist deshalb äußerst vorteilhaft.

Reichert

an der Brück

Reilich

Bahnhofstraße
Heute frisch eingetroffen
schneeweißes
Fischfilet
zum
billigsten Tagespreis

Wasserglas

hell und geruchlos empfiehlt
Ch. Schlatterer

Ein 11 Wochen trächtiges
Mutter Schwein
Blauschwarz
fehlt dem Verkauf aus.
Zu erfragen auf der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ich hab' kein Auto

sonst würde ich Dich sofort abholen, damit Du sehen könntest, wie wundervoll der alte, abgetretene Holzboden in unserem Schlafzimmer geworden ist. Er sieht jetzt aus wie Barkett, hat einen herrlichen Glanz und eine schöne, mohnliche Farbe. Die Behandlung war so einfach und billig, denn ich brauchte für das ganze Zimmer nur eine Pfunddose



KINESSA

HOLZ-BALSAM
Ritter-Drogerie Carl Bernsdorff

Damen-Kostüme

Fesche Formen

Kostüm
aus Shetland, Herrenform 19.50
Jacke aus K.-S. Serge . . . 19.50

Kostüm
aus Twill und Herrenstoff gestreift marine u. schwarz tadellose Paßform . . . 24.75

Kostüme
hervorragender Schnitt wie Maßarbeit, helle u. dunkle Stoffe . . . 39.—

Kostüm-Blusen
Flotte Formen, alle Modifarben 9.75, 6.50 . . . 4.90

C. Berner

Pforzheim, Blumen-/Metzgerstr.

Sie schädigen sich selbst, wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

Vor Schaden bewahren Sie sich, wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das **Calwer Tagblatt**, das Sie über alle Wirtschaftskommisse im Bezirk unterrichtet.



Beleuchtungskörper
Heizkissen
Heiz- und Kochapparate
Bügeleisen
Tauchsieder
Heißluftdusche

ELEKTRO-ZIEGLER CALW

Fernsprecher 211